



Medienkonferenz vom 17. Mai 2011

Mehr Wettbewerb in der Medienlandschaft!

von Brenda Mäder, Präsidentin Jungfreisinnige Schweiz, Weinfelden

Die Jungfreisinnigen Schweiz haben einen klaren medienpolitischen Standpunkt: Wir setzen uns ein für einen klar abgegrenzten Service Public im Medienbereich. Dieses Ziel wollen wir wie folgt erreichen:

1. Fokussierung auf den Informationsauftrag

Der Programmauftrag umfasst den Beitrag der SRG SSR an die freie Meinungsbildung, kulturelle Entfaltung und Bildung des Publikums in drei Amtssprachen. Dieser Auftrag ist klar zu abzugrenzen und die Verwendung der Gebühren ausschliesslich auf dessen Erfüllung auszurichten.

Es ist inakzeptabel, wenn Gebührengelder für die Ausstrahlung von ausländischen Produkten (Sendungen, Serien, Filme etc.) missbraucht werden. Dies muss aus der Sicht der Jungfreisinnigen auch zu klaren Kürzungen der Gebührenfinanzierung führen.

2. Reduktion der Gebühren, Alternativen zur Billag, zu viel eingezogene Gebühren an die Gebührenzahler

Die Erhebung der Gebühren durch die Billag geriet mehrere Male in die Kritik. Die Billag ist nicht über alle Zweifel erhaben. Die durch die neu jährlich versendeten Rechnungen gesparten Millionen gehören den Gebührenzahlern zurückerstattet. Zudem sind alternative Modelle zur Gebühreneintreibung zu prüfen.

3) Vergabe des Informationsauftrages via Auktionen und langfristige Liberalisierung des TV- und Radiomarktes

Die Jungfreisinnigen fordern final, dass die Konzessionen für den Informationsauftrag über die Radio- und Fernsehkanäle mittel- und langfristig via Auktionen für klar definierte Informationsaufträge vergeben werden. Dies fördert sowohl die Qualität der Medienlandschaft und führt zu Kostensenkungen.

Die Sicherstellung des "Service Public" durch den Staat bedeutet nicht, dass dieser selbst als Anbieter auftreten muss. Nur so erhalten alle beteiligten Akteure langfristig gleich lange Spiesse, und es kann ein freier, innovativer und kosteneffizienter Fernseh- und Radiomarkt entstehen.

Aus diesen Gründen haben wir die Petition „200 Franken sind genug“ unterstützt. Dass über 143'000 Personen die Anliegen dieser Petition unterschrieben haben, zeigt eindrücklich, dass die Weichen in der Medienpolitik neu gestellt werden müssen.